KDN

Stellungnahme zu KI

[25.01.2024] Auf eine Anfrage der FDP-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen zum Einsatz von KI in der öffentlichen Verwaltung hat der KDN eine Stellungnahme abgegeben. Darin fordert der Verband die Politik auf, Richtlinien und Empfehlungen für den Einsatz dieser Technologien zu entwickeln.

Der Dachverband kommunaler IT-Dienstleister in Nordrhein-Westfalen (KDN) hat eine Stellungnahme zum Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) in der öffentlichen Verwaltung abgegeben. Anlass war eine Anfrage der FDP-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag zum Thema „KI in der öffentlichen Verwaltung erproben und Beschäftigte bei der rechtssicheren Nutzung unterstützen“.
Der KDN weist in seiner Stellungnahme sowohl auf die Chancen als auch auf die Herausforderungen hin, die mit der Implementierung von KI-Systemen verbunden sind. Trotz hoher Erwartungen an den Nutzen von Künstlicher Intelligenz in der öffentlichen Verwaltung zeige sich, dass praktische Erfahrungen mit solchen Systemen in Städten, Gemeinden und Landkreisen bislang selten seien. Laut KDN sehen die Kommunen zwar die Potenziale von KI, es fehle aber an eigenen Erfahrungen und einem strategischen Vorgehen in Form einer KI-Strategie.
Der Verband betont die Vielfalt möglicher KI-Anwendungen in der öffentlichen Verwaltung, von der Mustererkennung bis hin zu Chatbots und Assistenzsystemen, und weist auf die Notwendigkeit hin, spezifische Richtlinien und Empfehlungen für den Einsatz dieser Technologien zu entwickeln. Diese sollten auf praktischen Erfahrungen basieren und technische, organisatorische, rechtliche und ethische Aspekte berücksichtigen. Das Papier stellt fest, dass Kommunen bei der Erprobung von KI-Systemen mit zahlreichen Herausforderungen konfrontiert sind, darunter rechtliche Unsicherheiten, Datenschutzbedenken, mangelnde Akzeptanz sowie technische und finanzielle Engpässe. Betont wird die Notwendigkeit einer gezielten Auswahl von Erprobungsszenarien und einer übergreifenden Koordination von KI-Projekten, um einen effizienten Ressourceneinsatz zu gewährleisten.
Als Lösungsansätze schlägt der Verband den Ausbau des Weiterbildungsangebots, die Einrichtung eines Transparenzregisters für KI-Anwendungen und die Schaffung einer Kompetenzplattform analog zu KI.NRW für die Wirtschaft vor, die speziell auf die Anforderungen und Bedürfnisse der Kommunalverwaltung ausgerichtet ist. Diese Maßnahmen sollen dazu beitragen, das Wissen über KI zu vertiefen, den Austausch zwischen den Akteuren zu fördern und die Entwicklung und Umsetzung von KI-Systemen in den Kommunen zu unterstützen.

(al)

Antrag der Fraktion der FDP „KI in der öffentlichen Verwaltung erproben und Beschäftigte bei der rechtssicheren Nutzung unterstützen“ (PDF)
Stellungnahme des KDN (PDF)

Stichwörter: Politik, KDN, KI, Künstliche Intelligenz